

Kirchliche Reaktionen auf die Entrechtung der Juden (1935–1938: 2. Phase)¹⁵⁶

Im September 1935 werden die Nürnberger Gesetze verabschiedet. Sie markieren einen radikalen Einschnitt in das Leben jüdischer Menschen in Deutschland.

Denn das „Reichsbürgergesetz“ und seine darauf folgenden Verordnungen beraubt Juden jüdischen und christlichen Glaubens ihrer Rechte bei Eheschließung, Wahlen, Berufsausübung usw. Die Trennung in Arier und Juden wird zunehmend für alle Lebensbereiche festgeschrieben. Insgesamt werden unter dem NS-Regime etwa zweitausend antijüdische Gesetze oder Ergänzungsverordnungen erlassen, die den Weg zur physischen Vernichtung bereiten.

„Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen!“, so lautet der bekannte Ausspruch Bonhoeffers, der vermutlich aus dem Jahr 1935 stammt und sich seinen Schülern eingepägt hat.¹⁵⁷

Aber der Aufschrei der Kirche angesichts der Gewalt gegen die Juden bleibt aus.

Aus der Bekennenden Kirche sind unterschiedliche Töne zu hören. Zwei Protestversuche sollen hervorgehoben werden: die Denkschrift von Elisabeth Schmitz und die Denkschrift des entschiedenen Flügels der BK an Hitler.

Die Denkschrift von Elisabeth Schmitz 1935/1936

Wenige Tage nach den „Nürnberger Gesetzen“ findet Ende September 1935 eine große, öffentliche Synode der Preußischen Bekennenden Kirche (APU) in Berlin-Steglitz statt.¹⁵⁸ Mancher Synodale erwartet, dass die Kirche jetzt ein kritisches Wort zur Entrechtung der Juden sagt, andere wollen dem Staat ausdrücklich das Recht zu gesetzlichen Regelungen gegen Juden zugestehen.

Die Berliner Studienrätin Elisabeth Schmitz (siehe Exkurs: Zur Biografie von Elisabeth Schmitz S. 132 ff.) gibt zu dieser Synode eine rund 20-seitige Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ ab.

Im Mai 1936 fügt sie dieser Denkschrift auch noch einen ausführlichen mehrseitigen Nachtrag zu den Folgen der Nürnberger Gesetze an.

Da Schmitz zu ihrem Schutz ihren Namen nicht daruntersetzt, wurde diese Denkschrift bis vor kurzem fälschlicherweise der Berliner Fürsorgerin Marga Meusel zugeschrieben, von der bereits die Denkschrift vom Mai 1935 „Aufgaben der Bekennenden Kirche an den evangelischen Nichtariern“ stammt. Wie aber schon im Titel deutlich wird, geht es Schmitz nicht nur um die evangelischen Nichtarier, also um die getauften Juden, sondern um die deutschen Nichtarier, das heißt, um alle Juden, die diskriminiert und verfolgt werden.

Diese Denkschrift kann als der bedeutendste Text betrachtet werden, der im Dritten Reich auf evangelischer Seite zur Lage der Juden geschrieben wurde.

Als Schmitz 1947 die Denkschrift ihrem Gesuch an den hessischen Regierungspräsidenten als Anlage hinzufügt, bemerkt sie dazu:

„Ich habe die Denkschrift eigenhändig in 200 Exemplaren abgezogen und diese 200 Exemplare der Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche, den Landes- und Provinzialbruderräten, soweit ich Beziehung zu ihnen herstellen konnte (Altpreußen, Kurhessen, Frankfurt/M., Nassau/Hessen, Berlin, Brandenburg, die altpreußischen Provinzen, die Württembergische Sozietät) und einigen einflussreichen Einzelpersonlichkeiten der BK zugestellt. Ich wollte mit dieser Schrift aufklären über die Lage der Nichtarier, die damals (1935/36) weitgehend unbekannt war, und dadurch die BK rufen zu ihrem Amt und zum Widerstand gegen die antichristlichen Maßnahmen des Staates.“¹⁵⁹

Auch Karl Barth in Basel hat 1936 ihre Denkschrift erhalten,¹⁶⁰ und in ihrem Brief an Barth vom 16. Juli 1936 betont Schmitz, dass sie mit der Denkschrift „nicht als Privatperson XY einigen mir zufällig erreichbaren Pfarrern Material gebe[n wolle], sondern dass die Kirche anerkennt, dass es sich um ein Gebiet handelt, das sie angeht, u. dass sie meine Arbeit in irgendeiner Form als einen ihr erwiesenen Dienst annimmt“.¹⁶¹

Zum Inhalt der Denkschrift¹⁶²

In den ersten beiden Kapiteln „Die innere Not“ (Kapitel I) und „Die äußere Not“ (Kapitel II) belegt Schmitz mit einer Vielzahl von drastischen Beispielen die Situation der Juden und kommt zu dem Schluss: „Die Beispiele genügen um zu zeigen, dass es keine Übertreibung ist, wenn von dem Versuch der Ausrottung des Judentums in Deutschland gesprochen wird.“ Elisabeth Schmitz sieht die Endlösung bereits 1935 (!) kommen. Die Theologin zitiert auch ein Wort aus Schweden: „Die Deutschen haben einen neuen Gott, das ist die Rasse, und diesem Gott bringen sie Menschenopfer.“ Und weiter: „Was sollen wir antworten einst auf die Frage: Wo ist dein Bruder Abel? Es wird auch uns, auch der Bekennenden Kirche keine andere Antwort übrig bleiben als die Kainsantwort.“

In dem Kapitel „Die Stellung der Kirche“ (Kapitel III), mahnt sie eindringlich und fragt:

„Was soll man antworten auf all die verzweifelten, bitteren Fragen und Anklagen:

Warum tut die Kirche nichts?

Warum lässt sie das namenlose Unrecht geschehen?

Wie kann sie immer wieder freudige Bekenntnisse zum nationalsozialistischen Staat ablegen, die doch politische Bekenntnisse sind und sich gegen das Leben eines Teiles ihrer eigenen Glieder richten? Warum schützt sie nicht wenigstens die Kinder? [...]

Warum betet sie nicht für die, die dies unverschuldete Leid und die Verfolgung trifft? [...] Menschlich geredet bleibt die Schuld, dass alles dies geschehen konnte vor den Augen der Christen, für alle Zeiten und vor allen Völkern und nicht zuletzt vor den eigenen künftigen Generationen auf den Christen Deutschlands liegen. Denn noch sind fast alle Glieder des Volkes getauft, und noch trägt die Kirche Verantwortung für Volk und Staat, anders als zu Zeiten des alten römischen Reiches, denn es sind ihre getauften Glieder, die all den Jammer und all das Elend auf dem Gewissen haben.“

Schmitz fordert nicht nur christliche Solidarität mit den Opfern, sondern spricht offen von der Täterschaft der Christen in Deutschland.

Auf der Bekenntnissynode vom September 1935 gibt es ein leidenschaftliches Ringen um ein Wort zur Judenfrage, doch ist davon auszugehen, dass die Denkschrift leider nicht besprochen worden ist.¹⁶³ Diese Synode findet kein Wort zur Entrechtung der Juden, nicht zuletzt wegen der starken Differenzen innerhalb der Bekennenden Kirche (siehe Exkurs: Bekennende Kirche im Überblick S. 77 ff.).

Führende Männer der Bekennenden Kirche warnten ausdrücklich und mit Erfolg vor einer Erklärung. Der Landesbischof von Bayern (1933 bis 1955), Hans Meiser, meint schon im Vorfeld: „Ich möchte meine Stimme erheben gegen ein selbstverschuldetes Mar-

tyrium. Ich sehe mit einiger Sorge auf die kommende preußische Synode, wenn sie solche Dinge anschneiden will wie z. B. die Judenfrage.“¹⁶⁴

Die Warnung von Karl Immer „Die Kirche könne an ihrem Schweigen sterben“ bleibt dagegen folgenlos.¹⁶⁵

Beinahe wird ein Satz verabschiedet, der sogar als indirekte Bestätigung der Nürnberger Gesetze hätte verstanden werden können, nämlich: „Die Taufe begründet für niemand Ansprüche gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Art. Sie gibt kein weltliches Bürgerrecht.“ Dass das verhindert wird, ist nicht zuletzt dem Eingreifen des eigens aus Finkenwalde herbeigeeilten Bonhoeffer zu verdanken – er soll getobt haben.¹⁶⁶

Auch schafft er ein Exemplar der Denkschrift von Elisabeth Schmitz (ohne den Namen der Autorin) an seinen Londoner Pfarrerkollegen Julius Rieger.¹⁶⁷

Es kommt zu folgendem Synoden-Ergebnis.¹⁶⁸

Erstens: ein Einverständnis, dass die Kirche einem Juden die Taufe, wenn er sie begehre, nicht verweigern dürfe.

Zweitens: eine Absichtserklärung, ein theologischer Ausschuss möge eine Vorlage für eine „Denkschrift und eine Synodalerklärung zur Judenfrage“ vorlegen und eine spätere Reichsbekennnissynode möge sich damit beschäftigen.

Aber die Arbeit des Ausschusses bleibt ohne Ergebnis, und die geplante Synode kommt nie zustande.

Martin Niemöller findet am Schluss der Steglitzer-Synode deutliche Worte. Er wolle sich nicht auf einen „kalten Grundsatz“ beschränken:

„Juden werden getauft, aber was nachher daraus wird, darüber ist hier nichts ausgesagt [...]. Das drückt mich, liebe Brüder, und von diesem Drucke möchte ich, dass er Ihnen allen auf dem Herzen brennt, bis wir das Wort haben, das hier geredet werden muss, der christlichen Brüderlichkeit. Dabei ist es mir vollkommen gleichgültig, ob und wie bald die Reichssynode oder der Reichsbruderrat ein umfassendes Wort zu dieser Frage spricht. Dass aber diese Frage, die uns stündlich gestellt ist, gestern gestellt war, ja vor einem Jahr gestellt war und vor zwei Jahren, jetzt wieder ohne ein deutliches Wort bleibt, schmerzt mich, und ich wünschte zu Gott, sie schmerzte uns alle und lasse uns nicht wieder los.“

Und beinahe prophetisch fügt er hinzu:

„Wir werden mehr sagen müssen, und es wird so werden, dass uns der Mund erst dann aufgetan wird, wenn wir haben leiden müssen.“¹⁶⁹

Niemöller und wenige andere erkennen klar, dass wenige Tage nach den Nürnberger Gesetzen die Stunde gewesen wäre für ein öffentliches kirchliches Wort zur Judenfrage.

So hat die Denkschrift von Elisabeth Schmitz nicht die von ihr erhoffte Wirkung auf der Synode.

Selbst die Gestapo hatte im Vorfeld der Synode damit gerechnet, dass die Bekennende Kirche jetzt ihr Schweigen brechen würde. In einem vertraulichen Lagebericht heißt es:

„Von weiten Kreisen der Bekenntnisfront wird erwartet, dass auf der Königsberger Synode [= der ursprünglich vorgesehene Verhandlungsort] offiziell Stellung zur Judenfrage genommen wird. Hierbei sei bemerkt, dass führende Männer der Bekenntnisfront nach vorliegenden Äußerungen die Stellung des Staates zur Judenfrage grundsätzlich bejahen, aber die Tendenzen des Stürmers aus sittlich-moralischen Gründen ablehnen.“¹⁷⁰

Dass das Schweigen der Synode zur Judenfrage nicht nur aus Angst vor Leiden geschieht, wird auch daran deutlich, wie der 100. Geburtstag von Adolf Stöcker kurz danach im Dezember 1935 begangen wird. Nur drei Monate nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze wird Stöcker auch in der Bekennenden Kirche gebührend gefeiert, trotz seiner ausdrücklich judenfeindlichen Gesinnung (s. S. 54 ff.).

Im Aufruf der 1. Vorläufigen Leitung der DEK unter Bischof Marahrens, Hannover, wird von Stöcker gesagt: „Er sah die Gefahr, dass der Geist der Zeit, der Geist ungebundener Selbstsucht und schrankenloser Selbstherrlichkeit die deutsche Volksseele im Innersten verdürbe und zersetzte [...] Er sah diesen Geist

der Zeit vorangetrieben durch ein von seinen religiösen Wurzeln gelöstes Judentum und eine verantwortungslose liberalistische Presse. Da nahm er gegen beide den Kampf auf.“¹⁷¹

Enttäuscht schreibt der wegen seiner jüdischen Abstammung zwangspensionierte badische Pfarrer Kurt Lehmann an eine junge Theologin: „Dass man das Stöcker-Jubiläum dazu benützt, die armen Juden auch durch ihn wieder durchprügeln zu lassen und dass sich an dieser Prozedur auch nun wieder die Kirche in namhaften Vertretern beteiligt, lässt einen immer trauriger fragen: wo ist denn der Geist Christi in der Kirche?“¹⁷²

Das Problem ist nicht nur, dass selbst viele Mitglieder der Bekennenden Kirche eine kritische oder gar feindliche Haltung gegenüber Juden einnehmen.

Dazu gibt es auch noch eine hinterhältige anti-kirchliche Propaganda, die die hier und da sichtbare Judenfreundschaft aus Bekenner-Kreisen völlig überzogen und karikiert darstellt und scharf attackiert.

Das wirkt nicht nur als Warnung für jede weitere Solidarisierung mit den Juden, sondern provoziert sogar kirchliche Loyalitätbekundungen dem Staat gegenüber.¹⁷³

Die Denkschrift an den Führer 1936 und die Bekennende Kirche

Diese vertrauliche Denkschrift „An den Führer und Reichskanzler“ vom 28. Mai 1936 kommt vom entschiedenen Flügel der Bekennenden Kirche und wird am 4. Juni 1936 der Präsidialkanzlei übergeben.

Die Unterzeichner dieser persönlich an Hitler gerichteten Denkschrift sind auch bereit, strafrechtliche Konsequenzen auf sich zu nehmen, es sind die Geistlichen Mitglieder der 2. Vorläufigen Kirchenleitung der DEK (Müller, Albertz, Böhm, Forck) und die Mitglieder des Rates der DEK (Asmussen, Lücking, Middendorf, Niemöller, von Thadden).¹⁷⁴

Den Autoren dürfte die Denkschrift von Elisabeth Schmitz „Zur Lage der deutschen Nichtarier“, womöglich auch schon mit dem Nachtrag vom 8. Mai 1936, bekannt sein. Darin hatte sie am Schluss gesagt: „Es geht um die Existenz von Hunderttausenden, es geht um das nackte Leben. Und es geht um die Haltung der Christen, der Gemeinde, der Kirche. Es geht um die Schuld des Volkes und um die Sünde der Kirche.“¹⁷⁵

In der Denkschrift an Hitler¹⁷⁶ wird zunächst durchaus die Verbundenheit der DEK mit dem Führer betont, bevor auf kritische Entwicklungen hingewiesen wird, die vor allem die Kirche und die Christen betreffen. Aber dann geht die Denkschrift noch darüber hinaus, insbesondere in den Kapiteln 5 „Nationalsozialistische Weltanschauung“ und 6 „Sittlichkeit und Recht“. Zur Rechtswillkür in Deutschland wird unter anderem gesagt:

„Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Vaterland mitverantwortlich weiß, wird aufs härteste belastet durch die Tatsache, dass es in Deutschland, das sich selbst als Rechts-

staat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt, und dass die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind.“

Und schließlich finden sich in der mehrseitigen Denkschrift auch kritische Sätze zum Antisemitismus:

„Wenn hier Blut, Volkstum, Rasse und Ehre den Rang von Ewigkeitswerten erhalten, so wird der evangelische Christ durch das erste Gebot gezwungen, diese Bewertung abzulehnen.

Wenn der arische Mensch verherrlicht wird, so bezeugt Gottes Wort die Sündhaftigkeit aller Menschen.

Wenn dem Christen im Rahmen der nationalsozialistischen Anschauung ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhass verpflichtet, so steht für ihn dagegen das christliche Gebot der Nächstenliebe.“

Vergleicht man die beiden Denkschriften, die von Schmitz mit Nachtrag vom 8. Mai 1936 und die an Hitler vom 28. Mai 1936, so sind die Unterschiede augenfällig. Sie können nicht nur mit ihren unterschiedlichen Funktionen erklärt werden. Die Texte sprechen eine völlig andere Sprache – und letztlich steht wohl auch eine andere Theologie im Hintergrund.

Was passiert mit der Denkschrift an Hitler?¹⁷⁷

Dieser antwortet nicht. Nachdem sie aber auf ungeklärte Weise den „Basler Nachrichten“ zugespielt

und dort am 23. Juli 1936 veröffentlicht wird, kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Bekennenden Kirche und zu verstärkten staatlichen Repressionen. Der Reichsbruderrat erklärt, die Denkschrift sei ohne sein Wissen und seinen Willen an die Auslandspresse gelangt. Er bittet gar den Staat um Ermittlung der Täter und entlässt den Kanzleichef der Vorläufigen Kirchenleitung, Friedrich Weißler – dieser wird 1937 im KZ ermordet.

Nach der Veröffentlichung in der Schweiz wird die Denkschrift in Deutschland dann auch intern weitergegeben.¹⁷⁸

Der entschiedene Flügel der BK beschließt darüber hinaus eine Kanzelabkündigung der Denkschrift in abgewandelter Form.¹⁷⁹ Auch diese wird als Flugblatt in einer Auflage von annähernd einer Million verbreitet. In dieser Kanzelabkündigung vom 23. August 1936 „An die evangelische Christenheit und an die Obrigkeit in Deutschland“ wird zunächst die Veröffentlichung der Denkschrift ausdrücklich bedauert:

„Mit größter Gewissenhaftigkeit ist diese Denkschrift und ihr Inhalt vor der Öffentlichkeit, ja selbst vor den Gliedern der Bekennenden Kirche geheim gehalten, um dem Führer des Reiches Gelegenheit zu sachlicher Prüfung zu geben und gleichzeitig einen Missbrauch dieser Denkschrift in der Öffentlichkeit zu verhindern. Gegen unseren Willen und ohne Verantwortung

der Bekennenden Kirche wurde die Denkschrift in der ausländischen Presse veröffentlicht und dadurch in Deutschland bekannt. Wir sind nunmehr gezwungen, öffentlich zu diesem Wort zu stehen. Wir müssen jetzt der Gemeinde bezeugen, was uns im Blick auf unser Volk und unsere Kirche bewegt.“

In der dann folgenden Zusammenfassung der Denkschrift geht es vor allem um die Beeinträchtigung der Kirche und der Christen. Die wenigen kritischen Sätze zu Konzentrationslagern, Rechtswillkür und Judenhass sind in der Abkündigung nicht mehr enthalten. Nur an einer Stelle heißt es allgemein, nicht konkret:

„Immer und unter allen Umständen ist der evang. Christ seinem Staat und seinem Volke Treue schuldig. Auch das ist Treue, wenn der Christ einem Gebot, das gegen Gottes Wort ist, widersteht und seine Obrigkeit dadurch zum Gehorsam gegen Gott zurückruft.“

Diese Kanzelabkündigung der Bekennenden Kirche wird trotz staatlichem Verbot von schätzungsweise mehreren tausend Pfarrern verlesen. Dazu gehörte viel Mut.

Da kurz zuvor die Olympischen Spiele in Berlin zu Ende gegangen waren, ist mit verschärften Maßnahmen der Gestapo zu rechnen. In diesem Sommer 1936 hatte es auch nicht an Einschüchterungen und Drohungen gegenüber der BK gefehlt.